# Das große Handbuch Wirtsch aftsst raf recht

# Profiwissen für die Praxis

#### herausgegeben von

#### Dr. Robert Kert

Universitätsprofessor für Strafrecht und Strafprozessrecht sowie Vorstand des Instituts für Österreichisches und Europäisches Wirtschaftsstrafrecht an der Wirtschaftsuniversität Wien

#### und

### Dr. Georg Kodek

Senatspräsident des Obersten Gerichtshofs und Universitätsprofessor für Zivil- und Unternehmensrecht an der Wirtschaftsuniversität Wien

2. Auflage

Vorwort zur 2. Auflage	. V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	ΊLΙ
Abkürzungsverzeichnis X	
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	
1 W. 4.1 A 214 F 1. All 1. T. 1. 1. XV. 4. 1. 04. 4. 0. 1.4.	1
1. Kapitel Ausgewählte Fragen des Allgemeinen Teils des Wirtschaftsstrafrechts	1
I. Der Begriff des Wirtschaftsstrafrechts  II. Regelungen des Allgemeinen Teils für das Wirtschaftsstrafrecht	
A. Objektiver und subjektiver Tatbestand	
Objektiver Tatbestand und Kausalität	
a) Allgemeines	
b) Kausalitätsfragen bei Entscheidungenvon Kollegialorganen	
c) Nichterfüllung des objektiven Tatbestandes: Versuchsstrafbarkeit	9
2. Subjektiver Tatbestand	
a) Bezugspunkte des Vorsatzes	
b) Stärkegrade des Vorsatzes	11
aa) Bedingter Vorsatz (dolus eventualis)	
bb) Wissentlichkeit	
cc) Absichtlichkeit	
c) Besonderheiten	
B. Fahrlässigkeit	
C. Wirtschaftlicher Notstand	
D. Irrtum	
1. Tatbildirrtum	
a) Irrtum über normative Tatbestandsmerkmale	
b) Irrtum über Blankettvorschriften	
c) Rechtsfolgen des Tatbildirrtums	
2. Verbotsirrtum	
3. Die Irrtumsregelung im Finanzstrafrecht	
E. Der Strafaufhebungsgrund der tätigen Reue	
F. Beteiligung mehrerer	
1. Grundlagen der Beteiligungslehre	
2. Täterschaftsformen	
3. Deliktsspezifischer Vorsatz bei jedemBeteiligten	24
4. Sozialadäquanz und berufs(rollen)gemäßesVerhalten	25
5. Beteiligung am Sonderdelikt	
a) Allgemeines	
b) Sonderpflichtdelikte	27
G. Strafbarkeit der Begehung durch Unterlassen	28
1. Allgemeine Voraussetzungen	
2. Garantenstellung	
a) Garantenstellung durch Rechtsvorschriften	
b) Garantenpflicht kraft freiwilliger und tatsächlicher Pflichtenübernahme	30

c) Garantenstellung aufgrund gefahrenbegründenden Vorverhaltens (Inge-	
renz)	
3. Gleichwertigkeit von Tun und Unterlassen	32
4. Abgrenzung von Tun und Unterlassen	33
H. Strafrechtliche Verantwortlichkeit von Mitgliedern eines Kollegialorgans	34
III. Der Einfluss des Europarechts auf das Wirtschaftsstrafrecht	36
A. Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Sanktionierung von Verletzungen des Uni-	
onsrechts	
B. Sekundärrechtliche Vorgaben für das nationale Strafrecht	
C. Beachtung des EU-Rechts bei der Anwendung nationalen Strafrechts	40
1. Vorrang des Unionsrechts und dessen Auswirkung auf das Wirtschaftsstraf-	
recht	
2. Unionsrechtskonforme Auslegung des Strafrechts	41
3. Wirkungen der einzelnen Rechtsquellen des Unionsrechts auf das Strafrecht 43	
a) Primäres Unionsrecht	
b) Sekundäres Unionsrecht	44
aa) Verordnungen	44
bb) Richtlinien	45
cc) Rechtsakte im Rahmen der dritten Säule mit Einfluss auf das Wirt-	
schaftsstrafrecht	46
2. Kapitel Verbandsverantwortlichkeit: Die Strafbarkeit von Unternehmen und Verbän-	
den in Österreich - einErfolgsmodell?	49
I. Einführung	
II. Grundlagen zur Verantwortlichkeit von Verbänden	
A. Ziel und Zweck	
B. Begrifflichkeiten	
C. Einordnung des VbVG in die österreichische Rechtsordnung	
1. VbVG als "Allgemeiner Teil" für juristische Personen	
2. Das durch das VbVG geschützte Rechtsgut	) / =0
III. Das österreichische Unternehmensstrafrecht - das VbVG	
A. Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen (§§ I, 2 VbVG)	
1. Anwendungsbereich (§ 1 Abs 1 VbVG)	
2. Adressaten des VbVG (§ 1 Abs 2 VbVG)	
3. Die handelnden Personen (§ 2 VbVG)	<i>39</i>
1. Straftaten des Verbands	
2. Tat zu Gunsten des Verbands (§ 3 Abs 1 Z 1 VbVG)	
3. Pflichten, die den Verband treffen (§3 Abs 1 Z 2 VbVG)	
4. Organisationsverschulden	
a) Vorbemerkungen	
b) Anknüpfung an die zivilrechtliche Haftung	
c) Anknüpfung an die zivincentenen Hattung	
d) Der Vertrauensgrundsatz im Unternehmenskontext	
e) Garantenpflicht;	
f) Delegation	
h) Instruktionspflicht und -verschulden	
i) Überwachungspflicht und -verschulden . '	
IV. Ausgewählte materielle Fragestellungen	74
A. Der Verband als Opfer	
B. Verbandsverantwortlichkeit im Konzern	7 <del>4</del>
	70 77

VI.	Sanktionen und Risiken	80
	A. Verbandsgeldbuße	80
	B. Verfall	81
	C. Bedeutung für das Zivilrecht	
	1. Verlängerung der Verjährungsfrist?	82
	Bindungswirkung strafgerichtlicher Urteile?	83
	D. Öffentlich-rechtliche Sanktionen	
	E. Risiken für Unternehmen im Gesamtkontext	
	F. Sonstige Risiken	
VII	Risikominimierung durch Prävention	
V 11.	A. Vorbemerkungen	
	B. Strafmilderung	80
	C. Vermeidung von Straferschwerungsgründen	
	D. Bedingte und teilbedingte Nachsicht	
	E. Weisungen	
	F. Verfolgungsermessen	
	G. Diversion.	
VIII.	Das VbVG aus Verteidigersicht	89
	A. Bedeutung und Anwendung.	
	B. Verfolgungsermessen	
	C. Der Verband als Beschuldigter im Sinn des § 48 Abs 1 Z 1 StPO	91
	D. Verteidigung von Unternehmen und/oder natürlichen Personen	
	E. Übernahme der Kosten der Verteidigung	
	F. Nemo tenetur bei juristischen Personen?	94
	G. Anwendungsbeispiele	
	1. Allgemeines	
	Das VbVG im Finanzstrafrechti	
	3. Das VbVG im Kartellrecht	
IX	Praxisleitfaden für Unternehmen.	
121.	A. Normativer Konkretisierungsansatz	
	B. Technische Maßnahmen	
	C. Organisatorische Maßnahmen.	
	D. Personelle Maßnahmen	
v	E. Optionale begleitende Maßnahmen	
X.	Zusammenfassung und Ausblick	. 100
3 Kanit	tel Spezialfragen des Betrugs	103
Jan	Einleitung	104
	Charakteristika und Struktur des Betrugsim österreichischen Strafrecht	
	Ausgewählte Tatbestandsfragen	
111.		
	A. Täuschung über Tatsachen	
	1. Überblick	
	2. Generelle Einbeziehung konkludenter Täuschungen	
	3. Voraussetzungen einer Einbeziehung von Täuschungen durch Ur	
	a) Garantenstellung	
	b) Gleichwertigkeitserfordernis	
	c) Abgrenzung zur konkludenten Täuschung	
	4. Keine Strafbarkeit bei verkehrsadäquaten Täuschungen	
	a) Eigenständiges Kriterium bei ausdrücklichen Täuschungen	
	b) Berücksichtigung bei konkludenten Täuschungen	
	B. Vermögensschaden	
	1. Überblick	
	a) Wirtschaftlicher Vermögensbegriff	. 115

b) Vermögensstrafrechtlicher Schadensbegriff	116
Praxisrelevante Problembereiche	119
a) Individuelle Schadenskomponente	
b) Entgangener Gewinn als Schaden?	120
c) Schaden durch Eingehen einer Verbindlichkeit?	121
d) Schaden bei bewusst unentgeltlichen Leistungen ("Spendenbetrug")	. 122
3. Strafbarkeitseinschränkung durch Unmittelbarkeitserfordernis	123
C. Bereicherungsvorsatz	
1. Überblick	
2. Stoffgleichheit	
3. Fremdnütziger Betrug	
IV. Aktuelle Problembereiche	
A. Herauslocken von Sparbüchern ("Neffentrick") als Betrug?	126
Bankrechtliche Ausgangslage	
2. Konsequenzen für die Wertträgereigenschaft von Sparbüchern	
3. Ergebnis	
B. Ablisten einer Forderung (Betrügerisches Bewirken einer Zession) als Betrug?	
C. Herauslocken von "Paysafecards" als Betrug?	
D. Kreditbetrug	
1. Vermögensschaden	
Schädigungs- und Bereicherungsvorsatz	
E. Kapitalanlagebetrug	
1. Allgemeines.	
2. Marktmanipulation (am Beispiel des "Scalping") als Betrug?	
V. Schluss	
4. Kapitel Untreue: Altbekanntes und neue Entwicklungen	139
I. Einleitung	141
II. Tatbestandsstruktur der Untreue im österreichischen Strafrecht	
A. Befugnis	
Befugnis: Rechtsmacht für einen anderen zu handeln	
2. Organschaftliche Vertretungsmacht in Sachverhalten des Wirtschaftsstrafrecht	
3. Abgrenzung zwischen "Können" und "Dürfen"	
a) Beispiele für das Vorliegen einer Befugnis bei Organuntreue	
b) Fehlende Befugnis des vollmachtslos agierenden Täters	
c) Befugnis bei Gesamtvertretung	
B. Missbrauch	
Innenverhältnis zum Machtgeber: "Dürfen"	
2. Missbrauch als normatives Tatbestandsmerkmal	
a) Heranziehung außerstrafrechtlicher Normen zur Begründung des Miss-	
brauchsvorwurfs	
b) Subsidiäre Heranziehung von allgemeinen Generalklauseln	
3. Errungenschaften der Novelle	
a) Legaldefinition des Befugnismissbrauchs (§ 153 Abs 2 StGB)	
aa) Einführung des Begriffs der Unvertretbarkeit	148
b) Business Judgment Rule	
c) Anleihen am Begriff der "gravierenden Pflichtverletzung" des § 266 dStGl	
d) Relevanz von Zuständigkeitsfehlern: OGH 13 Os 145/18 z	
4. Bestehende Graufelder	
a) Ausgangspunkt: Lifero-Rechtssätze	
b) Fehlende Definition des wirtschaftlich Berechtigten im Rahmen des StRÄG	G
2015	.53
c) Folgeentscheidung Immofinanz:11 Os 52/15d	153

aa) Erfordernis einer wirksamen Zustimmung	154
bb) Grenzen der Dispositionsbefugnis bereits in Altentscheidungen des	,
OGH?	
cc) Folgerungen aus 11 Os 52/15 d	155
d) Aktive Korruption nicht automatisch Untreue: Folgeentscheidung 17 Os 8/	/
18g	6
e) Abkehr von Libro: 17 Os 15/17k (obiter dictum)	157
C. Eintritt eines Vermögensschadens	. 158
Effektiver Verlust an Vermögenssubstanz	
2. Abgrenzung zwischen Vermögensgefährdung und Vermögensschaden	158
a) Kreditvergabe an insolventen Schuldner	
b) Kreditvergabe an insolvenzgefährdeten Schuldner	159
D. Vorsatzerfordernisse	
E. Versuchsstrafbarkeit	. 161
F. Wertqualifikation und Strafrahmen	. 161
III. Schlussfolgerungen	162
5. Kapitel Sozialmissbrauch und Sozialbetrug	
I. Begriffsverständnis	
A. Sozialbetrugsgesetz und Sozialbetrugsbekämpfungsgesetz	
B. Weitere Verstöße gegen die MVBBE-Regelungen	
C. Sozialmissbrauch	
D. Sozialmissbrauch als Betrug	
II. Zu den einzelnen Tatbeständen des Sozialbetrugsgesetzes	
A. Vorenthalten von Dienstnehmerbeiträgen zur Sozialversicherung (§ 153 c)	171
1. Entwicklung	
2. Täterkreis	
a) Dienstgeber	
b) Aufteilung der Agenden	
c) Beteiligung und Verantwortlichkeit des Verbandes	
3. Tathandlung "Vorenthalten"	
a) Lohnzahlung	. 173
b) Unzureichende finanzielle Mittel	
c) Vollendung	
4. Dienstnehmerbeiträge zur Sozialversicherung	
a) Dienstnehmerbeiträge	
b) Beiträge zur Sozialversicherung	
c) Verzugszinsen, Säumniszuschläge, Sozialversicherungsprüfung	
d) Ausmaß des Beitragsrückstandes	
aa) Dienstnehmerbeiträge als beschwerlichste Schuld und Widmung von	
Zahlungen	
bb) Zahlungsanfechtung gern §§ 27ff IO	
cc) Vorenthalten trotz Restschuldbefreiung?	
5. Berechtigter Versicherungsträger	
6. Innere Tatseite	
7. Strafbefreiung	
a) Vertragliche Verpflichtung zur Ratenzahlung und deren Einmaligkeit 184	
b) Zeitlicher Rahmen der Beitragsnachentrichtung	
c) Vollzahlung	
d) Zahlung von dritter Seite	
8. Verhältnis zu § 158	
9. Insolvenz-Entgelt-Fonds	
10 Privatheteiligtenanschluss	187

В.	etrügerisches Anmelden zur Sozialversicherung oder Bauarbeiter-Urlaub	
	bfertigungskasse (§ 153d)	
	Entwicklung	
	Täterkreis	
	a) Allgemeindelikt:	
	b) Beteiligung und Verantwortlichkeit des Verbandes	
	Tathandlungen "Anmelden" und "Vorenthalten"	
	a) Anmeldung	
	b) Vorenthalten	
	aa) Lohnzahlung und unzureichende finanzielle Mittel	
	bb) Vollendung	
	Beiträge zur Sozialversicherung und Zuschläge nachdem BUAG	
	a) Beiträge zur Sozialversicherung	
	b) Zuschläge nach dem BUAG	
	c) Verzugszinsen, Säumniszuschläge, Sozialversicherungsprüfimg	
	d) Ausmaß des Beitragsrückstandes	
	Berechtigter Versicherungsträger und BUAK	
	Innere Tatseite und Qualifikation	
	Strafbefreiung	
	Insolvenz-Entgelt-Fonds	
-	Privatbeteiligtenanschluss	
C.	rganisierte Schwarzarbeit (§ 153e)	
	. Entwicklung	
	Täterkreis	
	. Tathandlungen	
	a) Gewerbsmäßigkeit	202
	b) Anwerben, Vermitteln oder Überlassen (Abs 1 Z 1) und Verhältnis de	
	zelnen Tatbestände zueinander	
	c) Beschäftigen oder Beauftragen (Abs 1 Z 2)	
	d) Führende Tätigkeit in einer Verbindung (Abs 1 Z 3)	
	Illegale Erwerbstätigkeit	
	. IEF	
	Beitragskonto	
	Strafbefreiung	
	. Privatbeteiligtenanschluss	207
6. Kanitel	solvenzdelikte	209
	eitung	
	Internehmenskrise und Insolvenz	
	nsolvenzentwicklung.	
	nsolvenzdelikte	
	venzrecht und Insolvenzverfahren	
	nsolvenzvoraussetzungen	
• •	. Insolvenzrechtliche Zahlungsunfähigkeit	
	Insolvenzrechtlich relevante Überschuldung	
	Kostendeckendes Vermögen	
	Insolvenzantragspflichten	
R	Frundzüge des Insolvenzverfahrens.	
2	. Aufgaben und Ziele	
	Organe des Insolvenzverfahrens	
	Einheitliches Insolvenzverfahren	
	a) Antrags- und Eröffnungsverfahren	
	b) Konkursverfahren	

		c)	Sanierungsverfahren		235
		d)	Treuhändersanierungsplan		236
		e)			236
	4.	Ár	nfechtung		
		a)			
			Anfechtung gemäß § 28 IO		
			Anfechtung gemäß § 29 IO (Anfechtung von unentgeltlichen und i		
		٠,	gleichgestellten Verfügungen)		)
		4)	Anfechtung gemäß § 30 Abs 1 Z 1 IO (Anfechtung wegen objektiver		,
		u)	günstigung)		)
		۵)	Anfechtung gemäß § 30 Abs 1 Z 2 IO (subjektiveBegünstigung)	240	) ) // 1
			Anfechtung gemäß § 31 Abs 1 Z 2 IO (Subjektive Begunstigung)		241
		1)	Zahlungsunfähigkeit/Überschuldung)		2/1
		~)	Anfechtung gemäß § 31 Abs 1 Z 2 zweiter Fall IO (Anfechtung nachtei		241
		g)			,
TTT	т 1		Rechtsgeschäfte)		
Ш.			zdelikte		
			te allgemein		
	1.		156 - Betrügerische Krida	•••••	242
		a)		•••••	242
		b)			
			Strafrahmen		
		d)	Sonderfragen/Abgrenzung		
			aa) Verhältnis zu den Anfechtungstatbeständen der IO		246
			bb) Abgrenzung zu § 153 StGB (Untreue), insbesondere im Zusammen		
			hang mit Verstößen gegen die Rückzahlungssperre gern § 14 El	KEG	
			und Verstößen gegen das Verbot der Einlagenrückgewähr		
	2.	§ ]	157 StGB - Schädigung fremder Gläubiger		247
		a)	6		247
		b)	Tatbestand	247	
		c)	Strafrahmen	247	
	3.	§ ]	158 StGB - Begünstigung eines Gläubigers		248
		a)	Allgemeines zum Straftatbestand der Begünstigung eines Gläubigers		248
		b)	Tatbestand	248	
		c)	Straflosigkeit gemäß § 158 Abs 2 StGB	249	
		d)	Strafrahmen		
		e)	Sonderfragen zum außergerichtlichen Ausgleich	249	
	4.		159 StGB - Grob fahrlässige Beeinträchtigung von Gläubigerinteressen .		9
			Allgemeines zum Delikt der grob fahrlässigen Beeinträchtigung von G		
		,	bigerinteressen		)
		h)	Zum Begriff der Zahlungsunfähigkeit		
			Grobe Fahrlässigkeit		
			Kridaträchtiges Handeln (§159 Abs 5 StGB)		
			Die einzelnen Vergehen des § 159 StGB.		
		f)			
	5		160 StGB - Umtriebe während einer Geschäftsaufsicht oder im Insolve		25-
	٦.		rfahren		
		a)	Allgemeines		233
		U)			
		۵۱	schleichung")		
	_		Strafrahmen.		256
	6.		161 StGB - Gemeinsame Bestimmungen über die Verantwortlichkeit lei		_
			r Angestellter	25	
		a)	Allgemeines zu 8 161 StGB		256

b) Leitende Angestellte	257
c) Leitende Angestellte juristischer Personen	258
d) Leitende Angestellte natürlicher Personen	258
e) Leitende Angestellte von Insolvenzorganen	
B. Bestimmungs- und Beitragstäter.	
1. Berater als Beitrags- und Bestimmungstäter iSd § 12 StGB	
C. Privatbeteiligtenanschluss durch den Insolvenzverwalter in Strafverfahren wie in	
§§ 156, 159 StGB	260
55 130, 137 StGD	200
7. Kapitel Geldwäsche	261
I. Grundlagen	
A. Begriff und Erscheinungsformen	264
B. Internationale Vorgaben	
1. Kriminalisierung objektbezogener Geldwäscherei	
Kriminalisierung subjektbezogener Geldwäscherei	
3. Geldwäsche-Präventionsmaßnahmen	
II. Straftatbestand der Geldwäscherei	
A. Rechtsgut und Gemeinsamkeit im Tatobjekt	
Rechisgut und Genemsanken im Fatobjekt.      Geschütztes Rechtsgut	
Geschutztes Rechtsgut     Substrat des Tatobjekts: Vermögensbestandteile	
B. Objektbezogene Geldwäscherei	
1. Objektiver Tatbestanda) Tatsubjekt	277
b) Tatobjekt	
aa) Kriminelle Tätigkeiten (Geldwäscherei begründende Vortaten)	
bb) Herrühren	
c) Tathandlungen	
2. Subjektiver Tatbestand	302
C. Subjektbezogene Geldwäscherei	304
1. Objektiver Tatbestand	
a) Tatsubjekt	
b) Tatobjekt	
aa) Kriminelle Organisationen und terroristische Vereinigungen	
bb) Unterliegen der Verfügungsmacht	306
c) Tathandlungen	
d) Tatmodalität	
2. Subjektiver Tatbestand	
D. Übergreifende Fragen des Allgemeinen Teils	310
Rechtfertigung durch behördliche Erlaubnis	310
2. Tätige Reue	311
a) Tätige Reue nach § 165 a Abs 1 StGB	
b) Tätige Reue nach § 165 a Abs 2 StGB	
3. Strafanwendungsrecht	314
4. Konkurrenzen	. 314
5. Erschwerungsgrund	. 316
E. Strafdrohung und Prozessuales	
III. Zusammenfassung	
<u> </u>	
8. Kapitel Bilanzstrafrecht	
I. Allgemeines	323
A. Historische Entwicklung des Bilanzstrafrechts	323
R Normaweck und geschützte Rechtsgüter	325

11.	Unvertretbare Darstellung wesentlicher Informationen über bestimmte Verbände	
	(§ 163 a StGB)	
	A. Allgemeines	326
	B. Falsche oder unvollständige Darstellung von wesentlichen Informationen (§ 163 a Abs 1)	7
	1. Entscheidungsträger und mit der InformationsdarstellungBeauftragte 32	
	Elischerdungstrager und ihr der informationsdarstendigbeauftragte	
	Wesentlichkeit der Information	
	4. Information über die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage	
	5. Unvertretbarkeit	
	6. Schadenseignung	
	7. Darstellungsmedien	
	a) Jahres- oder Konzernabschlüsse, Lage- oder Konzernlageberichte oder an-	
	dere an die Öffentlichkeit, die Gesellschafter oder Mitglieder, ein aufsichts-	
	berechtigtes Organ oder dessen Vorsitzenden gerichtete Berichte 333	
	b) Öffentliche Aufforderung zur Beteiligung an dem Verband	333
	c) Vorträge oder Auskunft in einer Haupt-, General- oder Mitgliederver-	
	sammlung oder sonst in einer Versammlung der Gesellschafter oder Mit-	
	glieder des Verbandes	ļ
	d) Aufklärungen und Nachweise oder sonstige Auskünfte, die einem Prüfer zu	
	geben sind	1
	e) Anmeldung zum Firmenbuch	
	8. Subjektive Tatseite	
	C. Nichterstatten eines Sonderberichts (§ 163a Abs 2)	
	1. Sonderberichte, Liquiditätsgefährdung	335
	2. Subjektive Tatseite	
	D. Qualifikation	
	E. Beteiligung	330
III	G. Prozessuales und Rechtsfolgen	
111.	Unvertretbare Berichte von Prüfern bestimmter Verbände (§ 163b StGB)	
	B. Falsche oder unvollständige Darstellung wesentlicher Informationen; Verschwei-	330
	gen der falschen oder unvollständigen Darstellung im geprüften Medium (§ 163b	
	Abs 1 StGB)	2
	1. Prüfer	
	Falsche oder unvollständige Darstellung, Verschweigen	
	3. Darstellungsmedien	
	4. Subjektiver Tatbestand	
	C. Erteilen eines inhaltlich unrichtigen Bestätigungsvermerks; Unterlässen der Be-	
	richterstattung bei drohender Bestandsgefährdung'(§ 163b Abs 2 StGB) 340	
		341
	E. Konkurrenzen	341
	F. Prozessuales undRechtsfolgen	
IV.	Tätige Reue (§ 163 d StGB)	342
V.	Zusammenfassung	343
0 Kanita	el Weitere Vermögensdelikte (Diebstahl, Veruntreuung, Unterschlagung und Er-	
z. isapite	pressung))	345
Ī	Grundlegendes	
	Diebstahl	
		347
		348
	•	-

		C. Subjektiver Tatbestand	361
		D. Strafdrohung, Qualifikationen undPrivilegierung	
		E. Prozessuales.	
		F. Abgrenzung und Konkurrenzen zuausgewählten Delikten	
	Ш	Veruntreuung	
		A. Allgemeines	
		B. Objektiver Tatbestand	366
		C. Subjektiver Tatbestand	
		D. Strafdrohung, Qualifikationen und Privilegierung	272
		E. Prozessuales	
		F. Abgrenzung und Konkurrenzen zu ausgewählten Delikten	
	IV.	Unterschlagung	
		A. Allgemeines	
		B. Objektiver Tatbestand	
		C. Subjektiver Tatbestand	
		D. Strafdrohung, Qualifikationen und Privilegierung	379
		E. Prozessuales	379
		F. Abgrenzung und Konkurrenzen zu ausgewählten Delikten	379
	V.	Erpressung	
		A. Allgemeines	
		B. Objektiver Tatbestand	
		C. Subjektiver Tatbestand	
		D. Strafdrohung, Rechtfertigungsgrund und Qualifikationen	
		E. Prozessuales	
		F. Abgrenzung und Konkurrenzen zu ausgewählten Delikten	
		r. Augrenzung und Konkurrenzen zu ausgewannen Denkten	363
10. 1	Kar	oitel Korruptionsstrafrecht	387
	I	Einleitung	388
		Korruptionsdelikte ieS	
	11.	A. Allgemeine Voraussetzungen	
		Amsträger und Schiedsrichter	
		a) Die Fälle des Amtsträgers nach § 74 Abs 1 Z 4a StGB	
		b) Schiedsrichter nach § 74Abs IZ4c	
		Vorteil und Austauschverhältnis	
		3. Amtsgeschäft	
		B. Tatbestände	
		Bestechung und Bestechlichkeit	
		a) Allgemeine Tatbestandsmerkmale	
		b) Besonderheiten der §§ 304 und 307 StGB	399
		c) Strafdrohungen	
		d) Einschränkung der Strafbarkeit bei bestimmten Amtsträgern	401
		2. Vorteilsannahme und -gewährung	401
		a) Allgemeine Tatbestandsmerkmale	401
		b) Besonderheiten der §§ 305 und 307 a StGB	
		aa) Gesetzlich erlaubte Vorteile - § 305 Abs 4 Z 1 Fall 1 StGB	
		bb) Im Rahmen von Veranstaltungen gewährt - § 305 Abs 4 Z 1 Fall 2	
		StGB	403
		cc) Für gemeinnützige Zwecke - § 305 Abs 4 Z 2 StGB	
		dd) Orts- oder landesübliche Aufmerksamkeiten - § 305 Abs 4 Z 3 StGB 40	
		c) Strafdrohungen	
		3. Einschränkung der Strafbarkeit bei bestimmten Amtsträgern	
		Vorteilsannahme und -gewährung zur Beeinflussung      Allgemeine Tatbestandsmerkmale	
		a) Angememe ratoestandsmerkmale	406

b) Besonderheiten der §§ 306 und 307b StGB	406
aa) Vorteil für künftige Amtstätigkeit	406
bb) Geringfügigkeitsklausel in § 306Abs 3 StGB	
c) Strafdrohungen	
5. Verbotene Intervention	
a) Allgemeine Tatbestandsmerkmale	
b) Besonderheiten	
c) Strafdrohungen	
	409
6. Geschenkannahme und Bestechung vonBediensteten oder Beauftragten 410	410
a) Allgemeine Tatbestandsmerkmale	
b) Besonderheiten	
c) Strafdrohungen	
III. Missbrauch der Amtsgewalt	
A. Allgemeines	
B. Objektive Elemente	413
C. Subjektive Elemente	415
D. Begehung durch Nicht-Beamte	
11. Kapitel Computerstrafrecht	419
I. Begrifflichkeiten	
A. Computerkriminalität	
B. Computerkriminalität und Wirtschaftskriminalität	
C. (Materielles) Computerstrafrecht	
"Computerstrafrecht im weiten Sinn"	425
"Computerstrafrecht im werten Sinn"      "Computerstrafrecht im engen Sinn"	
a) Echte Computerdelikte	
b) Unechte Computerdelikte	
D. Formelles Computerstrafrecht	420
II. Ausgewählte Bereiche der Computerstrafrechtsdogmatik	
A. Daten- und Systemschädigungen	
1. Datenbeschädigung (§ 126 a StGB)	
a) Allgemeines	
b) Objektiver Tatbestand	
c) Subjektiver Tatbestand	435
d) Qualifikation und Privilegierung	436
e) Tätige Reue	
f) Sonstiges	
2. Störung der Funktionsfähigkeit eines Computersystems (§ 126b StGB)	
a) Allgemeines	
b) Objektiver Tatbestand	
c) Subjektiver Tatbestand	
d) Qualifikation und Privilegierung	
e) Subsidiaritätsklausel	
f) Tätige Reue	
g) Sonstiges	
3. Missbrauch von Computerprogrammen oder Zugangsdaten (§ 126 c StGB) 44	
a) Allgemeines	447
b) Objektiver Tatbestand	
c) Subjektiver Tatbestand	452
d) Tätige Reue	452
e) Sonstiges	453
B. Betrugsähnliche Computer- bzw Datenmissbräuche	
Retriggrischer Detenvergrheitungsmissbrauch(8 1/89 StGR)	453

	11. Verfall und Einziehung	
	12. Außergerichtlicher Tatausgleich?	558
	13. Irrtum über rechtfertigendenSachverhalt	
	14. Prozessuale Besonderheiten	559
III.	Innovationsschutzrechte	
	A. Patent	
	B. Gebrauchsmuster.	
	C. Halbleiterschutz.	
	D. Geschmacksmusterschutz.	
	E. Schutzzertifikate	
	F. Sortenschutz	
	G. Schutzzweck der Bestimmungen	
	H. Tatbestand	
	1. Objektiver Tatbestand	
	2. Subjektiver Tatbestand	
	I. Verletzter	
	J. Verletzer	563
	K. Strafbarkeit	564
	L. Beseitigungsanspruch	564
	M. Urteilsveröffentlichung	
	N. Verfall und Einziehung?	
	O. Ansprüche in Geld	
	P. Außergerichtlicher Tatausgleich?	566
	Q. Irrtum über einen rechtfertigenden Sachverhalt	566
	R. Rechtsirrtum	
	S. Rechtfertigungsgründe und Entschuldigungsgründe	
	T. Versuch	
	U. Beteiligung	
	V. Deliktskonkurrenz.	
	W. Prozessuales	. 569
	1. Ausschluss der Öffentlichkeit	
	2. Unterbrechung	
IV.	Urheber- und Zugangskontrollrecht	
	A. Urheberrechtsgesetz (UrhG)	. 570
	1. Schutzzweck;	
	2. Tatbestand	571
	a) Objektiver Tatbestand	571
	b) Subjektiver Tatbestand	
	3. Verletzter	572
	4. Verletzer	
	5. Begehungsort	
	6. Strafbarkeit	
	7. Vernichtung und Unbrauchbarmachung von Eingriffsgegenständen	317
	und Eingriffsmitteln	7.1
	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	575
	8. Beschlagnahme.	515
	9. Urteilsveröffentlichung	
	10. Verfall und Einziehung?	
	11. Ansprüche in Geld	
	12. Deliktskonkurrenz	
V.	Lauterkeitsrecht	
	A. Wissentliche Anwendung aggressiver oder irreführender Geschäftspraktiken 57	76
	1. Tatbestand	
	Regelungsgegenstand und Zuständigkeit	576

B. Bestechung von Bediensteten und Beauftragten	. 576
Deliktstatbestände	
2. Subjektiver Tatbestand	. 578
3. Versuch	579
4. Beteiligung	. 579
5. Deliktskonkurrenz	. 579
6. Privatanklagedelikt	
C. Verletzung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	580
Deliktstatbestand	
Anvertrautheit und Zugänglichkeit (Abs 1)	
Anvertrautuert und Zugangnenkert (Abs 1)      Zum Verraten und unlauterem Erlangen (Abs 2)	
4. Tathandlungen	
5. Subjektiver Tatbestand	. 585
D. Privatbeteiligtenansprüche zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen	
Hintergrund und Gliederung	
2. Geltungsbereich	
3. Begriffsbestimmungen	
a) Das Geschäftsgeheimnis	. 588
b) Inhaber des Geschäftsgeheimnisses	
c) Rechtsverletzer und rechtsverletzende Produkte	
4. Rechtswidriger Erwerb, rechtswidrige Nutzung und rechtswidrige Offenlegung	
von Geschäftsgeheimnissen5	, 89
a) Rechtswidriger Erwerb	589
b) Rechtswidrige Nutzung und Offenlegung	
c) Weitere Bestimmungen	
5. Rechtmäßiger Erwerb, rechtmäßige Nutzung und rechtmäßige Offenlegung	
von Geschäftsgeheimnissen sowie Ausnahmen	, ,
6. Zivilrechtliche Ansprüche zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen, Verjährun	
7. Beseitigungsanspruch	
	. 392
8. Wahrung der Vertraulichkeit von Geschäftsgeheimnissen im Verlauf von Ge-	02
richtsverfahren	
E. Missbrauch anvertrauter Vorlagen	
1. Deliktstatbestand	
2. Täter))	
3. Tatbestandsverwirklichung	
4. Rechtswidrigkeit	596
5. Versuch	596
6. Deliktskonkurrenz	. 597
14. Kapitel Vergabestrafrecht	
I. Einleitung	. 601
A. Grundlagen	. 601
B. Regelungsgegenstand, Funktionsweise und Ziele des Vergaberechts	602
C. Der vergaberechtliche Schutz vor Wettbewerbsverfälschungen	. 605
II. Sanktionierung von Wettbewerbsverfälschungen im horizontalen Verhältnis	
A. Vorbemerkung	
B. Submissionsbetrug	607
1. Allgemeines	
Aligentenies     Objektiver Tatbestand	
Subjektiver Tatbestand  3. Subjektiver Tatbestand	
Qualifikationen und Strafdrohungen      Prozessuales	
> Prozecujalec	
C. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Vergabeverfahren	

1. Allgemeines	
2. Objektiver Tatbestand	616
3. Subjektiver Tatbestand	
4. Strafdrohung	
5. Prozessuales	
III. Sanktionierung von Wettbewerbsverfälschungen im vertikal	
A. Vorbemerkungen	
B. Untreue	
1. Allgemeines	
Objektiver Tatbestand	
3. Subjektiver Tatbestand	
4. Qualifikationen und Strafdrohungen	
5. Prozessuales	
C. Korruptionsdelikte	
1. Bestechlichkeit, Bestechung	
a) Allgemeines	
b) Objektiver Tatbestand	
c) Subjektiver Tatbestand	630
d) Qualifikationen und Strafdrohungen	630
e) Prozessuales	
2. Vorteilsannahme, Vorteilszuwendung	631
a) Allgemeines	631
b) Objektiver Tatbestand	631
c) Subjektiver Tatbestand	633
d) Qualifikationen und Strafdrohungen	
e) Prozessuales	633
3. Vorteilsannahme zur Beeinflussung, Vorteilszuwendung	zur Beeinflussung 633
a) Allgemeines	
b) Objektiver Tatbestand	
c) Subjektiver Tatbestand	
d) Qualifikationen und Strafdrohungen	
e) Prozessuales	
,	
15. Kapitel Finanzstrafrecht	637
I. Zielsetzung und Themenabgrenzung	639
A. Geschichte des österreichischen Finanzstrafrechts	639
B. Rechtsquellen und Gesetzessystematik	640
II. Allgemeiner Teil	641
A. Vorbemerkungen, Abgrenzung	
B. Einzelaspekte	
1. Finanzvergehen und sachlicher Anwendungsbereich	641
a) Finanzvergehen Begriffsdefinition	641
b) Vom Schutzbereich des FinStrG umfassteAbgaben	
Finanzvergehen und örtlicher Geltungsbereich	
Finanzvergehen und zeitlicher Geltungsbereich	
Finanzstrafrecht und spezifischer Grundrechtsschutz	
5. Strafaufhebungsgründe	
a) Selbstanzeige	
	tanzeige 645
	tanzeige - Überblick
	tanzeige - Details 647
b) Strafaufhebung in besonderen Fällen (Verkürzungszu	
c) Verjährung der Strafbarkeit	650

	6. Mangelnde Strafwürdigkeit der Tat	. 652
	7. Strafen und Strafbemessung	. 652
	a) Finanzstrafrechtliches Sanktionensystem	. 652
	b) Strafen	653
	8. Zusammentreffen strafbarer Handlungen	656
	9. Verbands Verantwortlichkeit im FinStrG (§28 a)	
III.	Besonderer Teil.	. 658
	A. Abgabenhinterziehung	
	1. Tatbestände der Abgabenhinterziehung	
	2. Tatsubjekt - Sonderdelikt	
	3. Träger der abgabenrechtlichen Pflichten	
	a) Abgabepflichtige	
	b) Abfuhrpflichtige	
	c) Wahrnehmende	
	4. Abgabenhinterziehung nach § 33 Abs 1	
	a) Objektiver Tatbestand	
	b) Taterfolg (Vollendungszeitpunkt)	
	c) Subjektiver Tatbestand	
	d) Qualifizierte Begehung(Gewerbsmäßigkeit)	
	e) Strafdrohungen	
	5. Umsatzsteuervorauszahlungshinterziehung (§ 33 Abs 2 lit a)	
	6. Lohnsteuer und Dienstgeberbeitragshinterziehung (§ 33 Abs 2 lit b)	
	B. Grob fahrlässige Abgabenverkürzung (§ 34)	
	C. Schmuggel und Hinterziehung von Eingangs- oder Ausgangsabgaben (§ 35) 60	
	1. Tatbestände des Schmuggels und der Hinterziehung von Eingangs- oder Aus-	
	gangsabgaben	65
	2. Tatsubjekt	
	3. Taterfolg	
	Qualifizierte Begehungsformen des Schmuggels	666
	5. Strafdrohungen	
	D. Verzollungsumgehung; grob fahrlässige Verkürzung von Eingangs- oder Aus-	. 000
	gangsabgaben (§ 36)	67
	E. Abgabenhehlerei (§37)	
	F. Abgabenbetrug nach § 39	
	Objektiver Tatbestand	
	2. Subjektive Tatseite	
	3. Abgrenzungen/Konkurrenzen	
	4. Strafdrohungen	
	G. Weitere Finanzvergehen	
	H. Finanzordnungswidrigkeiten	
	1. Nichtentrichtung von Selbstbemessungsabgaben (§ 49 Abs 1 lit a)	
	Finanzordnungswidrigkeit gemäß § 51	
137	Verfahrensrecht.	
1 V .	A. Abgrenzung zwischen gerichtlicher und verwaltungsbehördlicher Zuständigkeit 6	
	B. Verwaltungsbehördliches Finanzstrafverfahren	
	Verwartungsbehördnenes Fmanzsu arverramen.      Verfahrensgrundsätze	672
	Verramensgrundsatze      Finanzstrafbehörden und Bundesfinanzgericht	
	a) Zuständigkeiten im Instanzenzug	
	b) Vereinfachtes Verfahren	
	c) Einhebung der Strafen	
	d) Finanzstrafregister	
	C. Gerichtliches Finanzstrafverfahren	

16. Kap	oitel Kartellstrafrecht	677
	Einleitung und Themenabgrenzung	
	A. Kartellstrafrecht - was ist das eigentlich genau?	
	B. Zweck des Kartellrechts in der offenen Marktwirtschaft	681
	C. Zum Kartellbegriff	
	D. Themenübersicht	
II.	Materielles Kartellrecht	
	A. Überblick	
	B. Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen	
	Gesetzliche Grundlagen	
	Vereinbarung und abgestimmte Verhaltensweise	
	3. "Bezweckte" und "bewirkte" Wettbewerbsbeschränkungen	
	4. Typen von Wettbewerbsbeschränkungen nach § 1 Abs 2 KartG	
	5. Horizontale Kernbeschränkungen	
	C. Straftatbestand für Submissionsabsprachen: §168b StGB	
	D. Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung	
	1. Marktbeherrschende Stellung	
	2 Missbrauchstypen	
Ш.	BWB-Ermittlungsbefugnisse	
111.	A. Auskunftsverlangen	
	B. Hausdurchsuchung	
	1. Rechtsgrundlagen'	
	Rechtsprechung des OGH als KOG zu BWB-Hausdurchsuchungen	695
	3. Grenzen des Untersuchungsgegenstands und "Zufallsfunde"	
	4. Exkurs: Nachprüfungen der Europäischen Kommission	
	5. EMRK-Vorgaben für eine gerichtliche Überprüfbarkeit der Hausdurchst	ichimg 699
	C. Kronzeugenregelung und Whistleblower-System	
	1. Grundlagen	
	Verfahren und Verordnung	
	3. Abgrenzung des BWB-Kronzeugenschutzes und strafprozessrechtliche	Erwei-
	terung	
	4. Praxiserfahrungen	
IV.	Kartellrechtliche Geldbußen	
	A. Rechtsgrundlagen.	
	B. Bemessung	
	C. Verjährung	
	D. Geldbußenverantwortung von Unternehmen für "fremdes" Handeln?	
	E. Rechtsnatur kartellrechtlicher Geldbußen	
V.	Verfahrensgarantien für Beschuldigte imKartellverfahren	
	A. Anwendbarkeit der EMRK und der Grundrechtecharta	
	B. Mündliche Verhandlung	716
	C. Akteneinsicht.	
	D. Verbot des Zwangs zur Selbstbelastung	
	E. Anwaltsprivileg.	717
	F. Doppelbestrafungsverbot ("ne bis in idem")	719
VI.	Anwendung sonstiger strafrechtlicher Grundprinzipien im Kartellverfahren?	722
	A. Verschuldensmaßstab und Rechtsirrtum	
	B. Beteiligung und Versuch iSd StGB?	
	C. Kartellrechtsverstoß durch Unterlassung?	
VIJ.	Verhängung von Geldbußen auf Basis von "Settlements"	727
	A. Überblick	
	B. Kritik	
	C. Der BWB-Standpunkt zu Settlements	

VIII.	Zusammenfassung	733
17. K:	apitel Kapitalmarktstrafrecht	73
I	Allgemeines	737
	A. Der Kapitalmarkt	
	B. Das Kapitalmarktstrafrecht	
п	Insiderhandel	
11.	A. Allgemeines	
	B. Europarechtliche Rahmenbedingungen	
	C. Insiderinformationen	
	Emittenten- oder Finanzinstrumentenbezug	
	Diffentlich nicht bekannt	
	3. Präzise Information	
	4. Eignung zur Kursbeeinflussung	/44
	D. Die Insiderverbote gemäß § 163 BörseG	/44
	1. Allgemeines	
	a) Primärinsider	
	b) Sekundärinsider	
	2. Tathandlungen	
	a) Verbot des Insiderhandels im engeren Sinn (§ 163 Abs 1 und Abs 5 Bör	seG) 74
	aa) Z 1: Erwerbs- und Veräußerungsverbot	748
	bb) Z 2: Änderung oder Stornierung von Aufträgen	
	cc) Z 3: Einreichung, Zurücknahme und Änderung von Geboten	
	b) Empfehlungsverbot (§ 163 Abs 2 und Abs 6 BörseG)	
	c) Verbot der unrechtmäßigen Offenlegung (§ 163 Abs 3 und Abs 7 Bör	
	aa) Rechtmäßige Offenlegung (Generalklausel)	
	bb) Spezialfall der rechtmäßigen Offenlegung - Marktsondierung	751
	3. Subjektiver Tatbestand	752
	4. Versuch und Vollendung	753
	5. Beteiligung	753
	6. Strafrechtliche Folgen	753
	7. Zuständigkeit	
	E. Abgrenzung	
	1. Abgrenzung zur Marktmanipulation;;	754
	Abgrenzung zur Ad-hoc-Publizität	755
III.	Marktmanipulation	
111.	A. Allgemeines	
	B. Europarechtliche Rahmenbedingungen	
	C. Begriff und Erscheinungsformen der Marktmanipulation	
	Handelsbasierte Marktmanipulation	
	Informationsbasierte Marktmanipulation	
	Handlungsbasierte Marktmanipulation	
	Tandidigsbasierte Markunampulation      Umsetzung durch den österreichischen Gesetzgeber	750
	D. Marktmanipulation gemäß § 164 BörseG	
	1. Allgemeines	
	2. Tathandlungen	
	a) Tatbegehung durch Handelsaufträge oder Transaktionen (§ 164 Abs 1 Bö	
	seG)	
	aa) Unrechtmäßiges Tätigen von Geschäften und Erteilen von Auftra	
	bb) Bezug auf ein Finanzinstrument	761
	cc) Geben von falschen oder irreführenden Signalen (Z 1) oder Sichern	
	eines anomalen oder künstlichen Kursniveaus (Z 2)	
	dd) Geschäfts- oder Auftragsvolumen über 1 Million Euro	762

	b) Tatbegehung durch Täuschung oder sonstige Kunstgriffe (§ 164 Abs 2 Bör-	<b>5</b> .00
	seG)	
	aa) Tätigen von Geschäften oder Erteilen von Handelsaufträgen	
	bb) Täuschung und sonstige Kunstgriffe	
	cc) Eignung zur Kursbeeinflussung	
	dd) Geschäfts- oder Auftragsvolumen über 1 Million Euro	. 765 765
	4. Versuch und Vollendung	765
	5. Beteiligung	
	6. Strafrechtliche Folgen	
	7. Zuständigkeit	766
IV.	Unerlaubter Betrieb von Wertpapierdienstleistungen	. 767
	A. Allgemeines.	
	B. Tatbestand	
	C. Strafrahmen	
	Unerlaubter Fondsvertrieb & fehlerhafter Fondsprospekt	
	A. Allgemeines	
	B. Tatbestand	
	C. Strafrahmen	
	D. Tätige Reue	
VI.	Verletzung des Bankgeheimnisses	. 770
	A. Allgemeines	770
	B. Tatbestand	. 770
	C. Strafrahmen	771
I.	itel Erfahrungen der WKStA im Ermittlungsverfahren - ausgewählte Themen  Einleitung	. 774
	A. Einleitung.	774
	B. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Einsatz im Ermittlungsverfahren 77	5
	Das Schweigen der StPO	. 775
	2. Das besondere Fachwissen und § 126 Abs 1 StPO	
	C. Das Hauptverfahren	
	D. Anregungen de lege ferenda	. 780
	Whistleblowing und Kronzeugenregelung gemäß § 209 a StPO	
	A. Einleitung	
	B. Hinweisbearbeitung durch die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft.	783
	C. Die Kronzeugenregelung gemäß § 209 a StPO	
	Die Straftat des Kronzeugen.     Die Straftat eines Dritten	
	D. Kronzeuge als anonymer Hinweisgeber?	. 700 797
	E. Zusammenfassung;	788
	Fachverbandsabfragen und Kontenregisterauskünfte	
	A. Bedeutung der Suche nach Bankkonten in der Praxis	
	B. Rechtliche Grundlagen	
	1. Fachverbandsabfragen	. ,,,
	Auskunft aus dem Kontenregister	
	C. Umfang der Auskünfte	
	1. Fachverbandsabfragen	
	Auskunft aus dem Kontenregister	793
	D. Weitere Erfahrungen und Kritik	
	Hausdurchsuchung und Sicherstellung bei Berufsgeheimnisträgern	
	A. Allgemeines.	

B. Durchsuchung von Orten nach § 117 Z 2 lit b StPO	797
C. Sicherstellung nach § 109 Z 1 lit a StPO	
D. Sicherstellung und Durchsuchung bei Kredit- oder Finanzinstituten	
19. Kapitel Ermittlungsverfahren in Wirtschaftsstrafsachen aus Verteidigersicht	803
I. Wirtschaftsstrafrecht aus Verteidigersicht	
A. Komplexe Sachverhalte	806
B. Fachübergreifende Aufgabenstellung	806
C. Prozessuale Herausforderungen	809
II. Stellung und Funktion des Verteidigers imWirtschaftsstrafrecht	
III. Verteidigung im Ermittlungsverfahren	
A. Ermittlungsverfahren als tatsächlicher Schwerpunkt des Verfahrens	
B. Maßnahmen des Verteidigers im Ermittlungsverfahren	
1. Beratung des Mandanten	
2. Akteneinsicht und sonstige Informationsbeschaffung	
3. Aufbereitung der Informationen für den Mandanten	
Zusammenarbeit zwischen Verteidigern	
Kontakt mit den Strafverfolgungsbehörden	
6. Eigene Ermittlungen	
7. Beratung und Mitwirkung bei Vernehmungen	
Abgabe einer Stellungnahme	
9. Beweisanträge	
10. Umgang mit Medien.	
11. Übersetzungshilfe	
12. Vertretung von Verbänden	
13. Ausschluss des Verteidigers	
14. Zum Berufsgeheimnisschutz des Verteidigers	
15. Kronzeugenregelung	
16. Absprachen	
C. Verteidigung bei Zwangsmaßnahmen gegen den Beschuldigten	
Auskunft über Bankkonten und Bankgeschäfte      Obermetien und seine Erwichten.	
2. Observation und verdeckte Ermittlung	829
3. Durchsuchung von Ortenund Gegenständen sowie von Personen	
20. Kapitel Privatbeteiligtenanschluss	833
I. Einleitung	
II. Praktische Gesichtspunkte	
III. Anwendung zivilprozessualerRegeln	
IV. Anschlusserklärung	
A. Legitimation und Statthaftigkeit	
B. Außertatbestandsmäßige Folgen	
C. Prozessvoraussetzungen	841
1. Allgemeines	841
2. Inländische Gerichtsbarkeit (Internationale Zuständigkeit)	
3. Privatbeteiligung und Insolvenz	842
D. Form und Inhalt	844
E. Streitanhängigkeit und Rechtskraft	
F. Sicherungsmaßnahmen	
G. Auswirkungen auf die Verjährung	
1. Grundsatz	
2. "Gehörige Fortsetzung"	
Beschränkung auf Schäden durchStraftat?	
4 Unzulässiger Privatheteiligtenanschluss	850

	H. Auswirkung auf Verfallsfristen (Präklusivfristen)	. 851
V.	Weiteres Verfahren	852
	A. Zulässigkeitsprüfung	
	B. Anhörung des Beschuldigten	
VI	Anerkenntnis	
	Vergleich	
	Urteilsmäßige Entscheidung	
۷ 111.	A. Im Falle des Freispruchs	
	B. Im Falle einer strafgerichtlichen Verurteilung	056
	1. Allgemeines	
	2. Nicht in Geld bestehende Ansprüche	
	3. Feststellungs- und Gestaltungsentscheidungen	
	4. Grundbücherliche Eintragungen	
	5. Gegenforderungen	
	6. Rechtskraft- und Vollstreckungswirkung	. 858
	7. Vorschuss	
	C. Andere Beendigungsformen	. 860
IX.	Rechtsmittel	. 860
	A. Rechtsmittel des Privatbeteiligten	
	B. Rechtsmittel zugunsten des Beschuldigten	
X.	Wahrungsbeschwerde und Erneuerungsantrag	
	Wiederaufnahme.	
	Kosten	
7111.	A. Grundsatz	
	B. Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit	
	C. Teilweises Obsiegen	
37111	D. Gesonderte Einklagung	
XIII.	Regress	. 865
21 Ko	oitel Der Sachverständige in Wirtschaftsstrafverfahren	967
21. Kaj	Einleitung	• 007
	Grundlagen	
111.	Einzelfragen	. 8/5
	A. Anforderungen an den Sachverständigen	
	B. Befangenheit	. 877
	C. Wesentliche Pflichten des Sachverständigen	
	1. Anwesenheitspflicht	
	2. Pflicht zur Gutachtenswahrheit	
	D. Recht auf Gebühren und Kostenersatz	886
	E. Rechte am Gutachten	. 890
IV.	Zusammenfassung	. 890
	pitel Unternehmensinterne Untersuchungen im Wirtschaftsstrafverfahren	
I.	Einleitung	
	A. Problembereich	. 894
	B. Definition der unternehmensinternen Untersuchung	897
	C. Themenabgrenzung	899
	1. Allgemeines	
	2. Funktionelle Zurechnung zu staatlichem Verhalten	
	a) Beautragung	. 0 / /
	Beauftragung     Nichteinschreiten als Zurechnung?	
	b) Nichteinschreiten als Zurechnung?      C) Zusammenfassung.	. 902

1	A. Allgemeines	904
J	B. Arbeits- und gesellschaftsrechtliche Zulässigkeit	
	1. Arbeitsrecht	904
	2. Gesellschaftsrecht	906
(	C. Strafrecht	906
	D. Sonstiges	
J	E. Ergebnis	910
	Rechtliche Rahmenbedingungen unternehmensinterner Untersuchungen	
	A. Allgemeines	
J	B. Rechtliche Grenzen der unternehmensinternen Untersuchung	911
	Privatrechtliche Grenzen	911
	a) Persönlichkeitsrechte des ABGB	911
	b) Arbeitsrecht	
	c) Datenschutzrecht	
	d) Befragung des Mitarbeiters	
	aa) Allgemeines	
	bb) Nemo tenetur	
	cc) Waffengleichheit	
	dd) Verfahrensrechte	
	ee) Verfahrensrechte als Persönlichkeitsrechte iSd § 16 ABGB?	
	ff) Abwägung Interessen Arbeitgeber und Arbeitnehmer	
	2. Strafrechtliche Grenzen	
	3. Standesrecht	
(	C. Verwerten der strafrechtswidrigen unternehmensinternen Untersuchung	
	Wirtschaftsstrafverfahren	
	1. Allgemeines	928
	2. Beweisverwertungsverbote der StPO bei unternehmensinternen Untersuchu	
	gen	
	3. Persönlichkeitsrechte als Beweisverwertungsverbote	931
	4. Verwertungsverbot aus Art 6 EMRK	
	5. Geheimnisbereiche	
	6. Fair trial und Justizgewährleistung	
	7. Verlesungsverbot in der Hauptverhandlung?	
	a) Thesen	
	b) Verlesungsverbot wegen Beweisverwertungsverbot?	
	c) Unmittelbarkeit und Verlesung	941
	d) Vorhalt des Angeklagten nach § 245 StPOund Waffengleichheit	
*** 1	e) Zusammenfassung	
IV. I	Fazit	944
2 Kani	tel Das Rechtsmittel im Wirtschaftsstrafverfahren	047
73. Kapi I I	Rechtsmittel im Wirtschaftsstrafverfahren	947
	Rechtsmittel im Ermittlungsverfahren	
11. 1	A. Der Einspruch wegen Rechtsverletzung	0/10
	Rechtsmittel im Hauptverfahren	
	A. Wirtschaftsstrafrechtlich relevante Nichtigkeitsgründe	
1	1. § 281 Abs 1 Z 1 StPO: Nicht gehörige Gerichtsbesetzung; Ausgeschlossenh	900 nait
	eines Richtersgenorige Generiksbesetzung, Ausgeschlossenn	
	2. § 281 Abs 1 Z la StPO: Missachtung der notwendigen Verteidigung währe	
	der Hauptverhandlung	963
	3. § 281 Abs 1 Z 2 StPO: Verlesung von Schriftstücken über eine nichtige Erku	n-
	digung oder Beweisaufnahme im Ermittlungsverfahren	

		4.	§ 281 Abs 1 Z 3 StPO: Missachtung von Verfahrensvorschriften, deren Verlet-	
			zung ausdrücklich mit Nichtigkeit bedroht ist	7
			a) § 140 Abs 1 Z 4 und Abs 2 StPO: Unzulässige Verwendung von Ergebnis-	
			sen der Überwachung einer Telekommunikation	967
			b) § 159 Abs 3 StPO: Missachtung der Aussagebefreiung nach § 156 Abs 1 Z 1	
			StPO oder des Aussageverweigerungsrechts nach § 157 Abs 1 Z2-5 StPC	968
			c) 221 Abs 2 StPO: Missachtung der Vorbereitungsfrist für die Hauptver-	
			handlung	)
			d) 252 Abs 1 und Abs 4 StPO: Verlesung von Protokollen und Gutachten oh-	
			ne Ausnahmetatbestand und Verstoß gegen das Umgehungsverbot	969
		5.	§ 281 Abs 1 Z 4 StPO - "Verfahrensrüge": Bekämpfung der Ablehnung von in	
			der Hauptverhandlung gestellten Anträgen	1
			a) Vorbemerkungen zur Antragstellung	
			aa) Bezeichnung von Beweismittel, Beweisthema und Verknüpfung	
			bb) Entscheidende (= schuld- oder subsumtionsrelevante) Tatsache	
			cc) Erheblicher (= beweiswürdigungsrelevanter) Umstand	
			dd) Verknüpfung von Beweismittel mit Beweisthema	
			ee) Erkundungsbeweis	
			ff) Zweitgutachten	
			gg) Durchsetzung von Beweisverboten	
			hh) Erweiterte Antragsbegründung	
			b) Beweisanträge im Ermittlungsverfahren	
			aa) Eingeschränkte Beweiserhebungspflicht	
			bb) Sonderfalle gerichtlicher Beweisaufnahmen im Ermittlungsverfahren .	
			cc) Durchsetzung von Beweisanträgen im Ermittlungsverfahren	978
			c) Beweisanträge im Hauptverfahren	
			aa) Zeitpunkt der Antragstellung :	
			bb) Bekämpfung der Abweisung von Beweisanträgen	
		6	§ 281 Abs 1 Z 8 StPO: Anklageüberschreitung	
		0.	a) Verstoß gegen §§ 263, 267 StPO	
			b) Missachtung des § 262 StPO	
			b) Missacituity des § 202 bit O	703
24.	Kapit	el St	rategien der Verteidigung in Wirtschaftsstrafsachen	987
			tung	
	II. P	räam	bel	989
	III. R	echt	sinstitution Verteidigung	990
			blick über die Grundlagen der Verteidigung in Wirtschaftsstrafverfahren	
			tregeln der Verteidigung)	
			rteidigung vor Beginn des Strafverfahrens	991
			Verteidigung als Präventiv-und Vorsorgemaßnahme	
			Verteidigung als Maßnahme in der Krise	
			a) Tätige Reue	
			b) Selbstanzeige nach dem Finanzstrafgesetz (FinStrG)	
	В		rteidigung im Strafverfahren	
				995
			a) Ziele der Verteidigung im Ermittlungsverfahren	995
			aa) Einstellung des Strafverfahrens	
			bb) Alternative Formen der Erledigung des Strafverfahrens	
			b) Ausübung der Verteidigungsrechte im Ermittlungsverfahren	
			aa) Recht auf Information - Akteneinsicht	
			bb) Nichtigkeits- und Berufungsgründe im Ermittlungsverfahren	
			cc) Kontakt mit der Verteidigung und Anwesenheit bei Vernehmungen	
			und Beweisaufnahmen	1001

	dd) Beiziehung einer Person mit besonderem Fachwissen	
	ee) Erhebung von Rechtsmitteln und Rechtsbehelfen	. 1006
	,2. Verteidigung in der Hauptverhandlung	100
	a) Ziele der Verteidigung in der Hauptverhandlung	
	b) Keine Hauptverhandlung ohne Blick auf Nichtigkeits- und Berufungs-	
	gründe	1009
	c) Ausübung der Verteidigungsrechte in der Hauptverhandlung	
	aa) Akteneinsicht und Aktenkenntnis	
	bb) Beweisanträge und sonstige Anträge	
	cc) Protokollfuhrung	
	dd) Rüge- und Widerspruchspflichten	1012
	ee) Umgang mit Verlesungen'	
	ff) Rederecht	
	gg) Fragerecht	
* 7	hh) Verteidigung und Disziplin	
٧.	Geübte Praxis der Strafverteidigung	
	A. Konfliktverteidigung versus Konsensverteidigung	. 1018
	B. Kontakt mit Kriminalpolizei, Staatsanwaltschaft und Gericht jenseits der in der	
	StPO formalisierten Kommunikation	
	C. Umgang mit Medien	
	Aktive Kontaktaufnahme mit Medien	
	Kontaktaufnahme durch Medien	1020
	itel Litigation-PR: "Im Gerichtssaal der Öffentlichkeit"	
I.	Einleitung	. 1021
	Was ist Litigation-PR?	
	Status quo;	
IV.	Warum? Wozu? In welcher Situation?	
	A. Exkurs: Reputationsmanagement	
	1. Digitale Reputation	1029
	B. Exkurs: Krisen-PR.	
	C. Exkurs: Lobbying	
V.	Rechtliche Rahmenbedingungen	. 1033
VI.	Tools/Instrumente/Methoden	. 1033
VII.	Social Media und Online Tools	. 1035
	A. Facebook	1038
	B. Instagram	1038
	C. Twitter	
VIII.	Was können Sie von Litigation-PR erwarten/was müssen die Expertinnen können?	1039
	Zielgruppen	
	PR-BeraterInnen und Juristinnen ticken unterschiedlich	
	Grundregeln der Litigation-PR	
	Fazit und Ausblick	
	1 424 440 1 440 240	. 10.2
26. Kap	itel Einführung ins Bilanzlesen/Accounting	. 1043
	Einleitung	. 1044
	Gliederung der Bilanz	
	A. Vermögensgegenstände	
	B. Rückstellungen	
	C. Verbindlichkeiten	
	D. Rechnungsabgrenzungen	
	E. Eigenkapital	
III.	Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung (GoB).	

	A. Bilanzwahrheit	
	B. Vollständigkeit (§ 196 Abs 1 UGB)	1053
	C. Bilanzklarheit (§ 195 UGB)	1054
	D. Einzelbewertung (§ 201 Abs 2 Z 3 UGB)	1055
	E. Stichtagsprinzip (§ 201 Abs 2 Z 3 UGB)	
	F. Bilanzkontinuität	1058
	G. Grundsatz der Unternehmensfortführung (§ 201 Abs 2 Z 2 ÜGB)	1059
	H. Vorsichtsprinzip (§ 201 Abs 2 Z4 UGB)	
	1. Das Realisationsprinzip	1060
	2. Das Imparitätsprinzip	
	I. Periodenabgrenzung	1062
	J. Wesentlichkeit und wirtschaftlicher Gehalt	1062
	K. Das Verhältnis der GoB zueinander	1062
IV.	Bilanzpolitik	1063
	A. Ziele der Bilanzpolitik	1063
	B. Arten von Bilanzpolitik	1065
	1. Reale Bilanzpolitik	1065
	2. Formelle Bilanzpolitik	1067
	3. Materielle Bilanzpolitik	1067
	a) Ansatz- und Bewertungswahlrechte	1067
	b) Ermessensspielräume	
	C. Grenzen der Bilanzpolitik	1069
V.	Zusammenfassung	
	pitel Forensische Untersuchungen - Status quo und Trends	
	(Computer-)Forensische Untersuchungen	
11.	A. Wesentliche Parameter forensischer Untersuchungen	
	B. Auslöser für die Durchführung von anlassbezogene	
	forensischen Untersuchungen	
	1. Nationale Rechtsvorschriften	1081
	Nationale Rechtsvorschriften.      Internationale Rechtsvorschriften.	
	3. Compliance-Vorschriften	
	4. Interne Revision	
	5. Hinweisgebersysteme	
	6. Exkurs: Die EU-Whistleblowing-Richtlinie	1089
	7. Sonstige Auslöser/Gründe	
	C. Herausforderungen und Umfeld von forensischenUntersuchungen	
	Trerausforderungen und Official von forensischen ontersuchungen.      Ermittlungsumfeld	
	2. Rechtliches Umfeld	
	a) Arbeitsrechtliche Überlegungen.	
	b) Datenschutzrechtliche Überlegungen	
	aa) Grundlagen des Datenschutzrechts	
	bb) Der Forensiker im Rahmen der DSGVO und des DSG	
	cc) Die Datensicherung und Datenaufbereitung durch das forensische Un-	
	tersuchungsteam•	
	dd) Informationspflicht gegenüber dem Betroffenen	
	ee) Weitergabe der Daten an Dritte	
	Ausgewählte Berichterstattungspflichten	
	a) Vorstand und Aufsichtsrat	
	b) Abgabe einer Geldwäscheverdachtsmeldung	
		4
	Interne und externe Kommunikation.  D. Computerforensische Datensicherung und -aufbereitung	. 1113

1. Begriffsdefinitionen	1114
2. Datensicherung	1116
3. Datenaufbereitung	1116
E. Analyse und Berichterstattung	
Vertiefende computerforensische Analyse	
2. Analyse der Daten in der Review-Plattform	1119
a) Überblick verschaffen	
b) Suchabfragen	1120
c) Review-Arten	
d) Einsatz künstlicher Intelligenz	
aa) Auswahl einer Stichprobe	
bb) First-Level-Review	
cc) Automatische Datenklassifizierung	
dd) Second-Level-Review	
3. Hintergrundrecherchen	
4. Betriebswirtschaftliche und vertragliche Analyse	
5. Zusammenfassung der Ergebnisse in einem forensischen Bericht	
a) Executive Summary	
b) BeschreibungdesUntersuchungsgegenstands	
c) Nachvollziehbare Darstellung der Ergebnisse	
d) Verwendung einer neutralen, wertfreien Berichtssprache	
e) Eindeutige Zuordnung des Berichts dem Empfänger	
f) Elektronischer Datenbestand.	
g) Sonstige Unterlagen	
III. Conclusio.	
!. Kapitel Criminal Compliance	1127
I. AnnäherungandenUntersuchungsgegenstand	
II. Meinungsstand	
A. Einführung	
1. Begriffe	1136
a) Compliance'	
b) Criminal Compliance(strafrechtlicheCompliance)	
aa) Dualer(präventiver und repressiver)Compliance-Ansatz	
bb) Quellen der Criminal Compliance	
c) Compliance-Management-Systeme (CMS) und Compliance-Organia	
nen (CO)	1140
d) Compliance-Vorschriften bzw -Regelwerke	1141
e) Corporate Governance	
Compliance-Ziele und Compliance-Kreislauf	
3. Compliance-Rechtsvorschriften und Pflicht zur Compliance?	
a) Nationale Rechtsgrundlagen,	1147
b) Ausgewählte internationale Rechtsgrundlagen im Überblick	
aa) UK-Bribery Act 2010 (UKBA)	
bb) Sarbanes-Oxley Act of 2002 (SOX)	1148
cc) Foreign Corrupt Practices Act (FCPA)	
4. Funktionen eines Compliance-Management-Systems	
5. Zwischenergebnis	
B. Compliance und Justizstrafrecht	
Rechtsqualität von Compliance-Vorschriften	1151
2. Einfluss von Compliance <sub>7</sub> Vorschriften auf die Beurteilung	der
objektiven Sorgfaltswidrigkeit	1151
a) Objektive Sorgfaltswidrigkeit	1151

	aa) Empirisches Risiko	
	bb) Normatives Risiko	
	b) Österreichischer Corporate Covernance Kodex (ÖCGK)	
	c) Deutscher Corporate Governance Kodex (DCGK)	
	3. Zwischenergebnis	
III.	Ausgewählte Probleme der Rechtspraxis und Criminal Compliance	
	A. Untreue und Criminal Compliance	
	1. Überblick	
	2. Wissentlicher Befugnismissbrauch als Korrektiv der Untreuestrafbarkeit 1158	
	3. Compliance-Vorschriften und Untreue	
	a) Feststellung des Befugnismissbrauchs	
	b) Feststellung des wissentlichen Befugnismissbrauchs	
	4. Zwischenergebnis	
	Verbandsverantwortlichkeit und Criminal Compliance	
	1. Vorfragen/Problemaufriss	
	2. Zurechnungsgründe (§ 3 Abs 1 VbVG) und Verband als Täter und Opfer 1162	
	3. Verbandsverantwortlichkeit wegen einer Entscheidungsträgertat (§ 3 Abs 2	
	VbVG)	
	a) Risikoerhöhende Personalpolitik	
	4. Verbandsverantwortlichkeit wegen einer Mitarbeitertat (§ 3 Abs 3 VbVG) 1165	
	a) Mitarbeiteranlasstat	
	b) Entscheidungsträgerverschulden als Organisationsverschulden 1165	
	5. Compliance-Defence im VbVG	
	a) Präventive Maßnahmen der Criminal Compliance (Vortatverhalten) 116	8
	aa) Compliance-Management-Systeme zur Verhinderung von Mitarbei-	
	tertaten	
	bb) Compliance-Management-System zur Verhinderung von Entschei-	
	dungsträgertaten	0
	b) Repressive Maßnahmen der Criminal Compliance (Nachtatverhalten) 1172	
	c) Zwischenergebnis	
	C. Unterlassungsstrafbarkeit und Criminal Compliance	
	1. Garantenpflicht der Leitungsorgane eines Verbands 1173	
	2. Vertreterhaftung	
	3. Delegation von Garantenpflichten	
	4. Exkurs: Strafrechtliche Geschäftsherrnhaftung	
	a) Grundzüge der Geschäftsherrenhaftung	
	aa) Problemaufriss	
	bb) Überblick über die strafrechtliche Geschäftsherrenhaftung in Deutsch-	
	land	
	b) Überwachung von sachlichen Gefahrenquellen und strafrechtliche Ge-	
	schäftsherrenhaftung1177	
	c) Ablehnung der Geschäftsherrenhaftung in Österreich? 1177	
	d) Verbandsverantwortlichkeitsgesetz und strafrechtliche Geschäftsherrenhaf-	
	tung	
	5. Garantenpflicht des (Chief) Compliance-Officer	
	a) Allgemeines	
	aa) Chief Compliance-Officer	
	b) Exkurs: BGH 5 StR 394/08 und die Reflexionen im deutschen Schrifttum 1181	
	c) Meinungsstand in Österreich	
	aa) Garantenpflicht und -Stellung (Überblick)	
	bb) Bedeutung von BGH 5 StR 394/08 für die Garantenpflicht des (Chief)	
	Compliance-Officer in der österreichischen Rechtsordnung	2

cc) Dogmatische Herleitung der Garantenpflicht des Chief Compl	
Officer	
dd) Compliance-Officer und Verbandsverantwortlichkeitsgesetz	
D. Whistleblowing (in Unternehmen) und Criminal Compliance	
1. Allgemeines	
a) Whistleblowing und Whistleblower	
b) Hinweisgeber-und Whistleblowing-System	
aa) Exkurs: Hinweisgebersystem der WKStA	
bb) Nationale Rechtsgrundlagen (übergreifende Aspekte)	1190
c) Strafrechtliche Verpflichtung zum Whistleblowing?	
bb) Strafrechtliche Handlungs- bzw Erfolgsabwendungspflichten	
Strafrechtliche Verantwortlichkeit von Whistleblowern	
a) Strafbarkeitsrisiken des Whistleblowers	
aa) Falsche Verdächtigungen (§§ 111 und 297 StGB)	
bb) Verletzung der Privatsphäre (§§ 118-120 StGB)	
cc) Geheimhaltungspflichten (§§122 ff StGB;§ 11 UWG)	
b) Whistleblower-Täter und Kronzeugenregelungen	
c) Zwischenergebnis	
3. Schutz des Whistleblowers	
a) Nationale Rechtsgrundlagen	
b) Unionsrecht	
aa) RL 2019/1937/EU	1196
E. Internal Investigations und Criminal Compliance	
1. Allgemeines	
a) Begriffsfindung	
b) Verhältnis von Internal Investigations und (Criminal) Compliance	
c) Kooperation mit Strafverfolgungsbehörden	
2. Art der Erkenntnisgewinnung	
3. Externe Ermittler	
a) Allgemeine Fragen über "Outsourcing" von Ermittlungsaufgaben	
b) Aussageverweigerungsrecht von Berufsgeheimnisträger im Rahmen v	on 1200
Internal Investigations	
bb) Umgehungsschutz (§ 157 Abs 2 StPO)bb)	
cc) Ausgewählte Schutzobjekte (§ 157 Abs 2 StPO) und Grenzen des	
gehungsschutzesgehungsschutzes gehungsschutzes gehungss	
4. Zwischenergebnis	1204
IV. Ausblick	
29. Kapitel Rechtshilfe, Übergabe und transnationale Ermittlungen in der Europäi	schen
Union	
I. Überblick und thematische Eingrenzung	
II. Allgemeine Rechtshilfe in Strafsachen inEuropa	
A. Europäischer Grundrahmen für die justizielle Zusammenarbeit in Strafsacher	
B. Europäisches Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen (EuRhÜbl	
I. Grundprinzipien und Anwendungsbereich	
Rechtshilfeersuchen.      Vorweigerung der Begebtshilfe.	
Verweigerung der Rechtshilfe      Durchführung der Rechtshilfe	
a) Form der Rechtshilfe	
b) Zustellungen und Vorladung von Personen	1213
5. Jahresberichte	1015

C. Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaa-	
ten der EU (EU-RhÜbk)12	.15
1. Ziel des EU-RhÜbk und Anwendungsbereich	1215
2. Grundprinzipien	1215
3. Formen der Rechtshilfe	1217
a) Vernehmung per Videokonferenz	1217
b) Gemeinsame Ermittlungsgruppen	1218
III. Übergabe in der EU	
A. Rahmenbeschluss des Rates über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabe-	
verfahren zwischen den Mitgliedstaaten (EuHb-RBe)	
1. Ziel und Definition des Europäischen Haftbefehls	1218
2. Anwendungsbereich	1219
3. Ablehnung der Vollstreckung	1219
a) Obligatorische Ablehnung	1219
b) Fakultative Ablehnung	
4. Vollstreckung unter Bedingungen	1221
5. Form und Inhalt des Europäischen Haftbefehls	1221
6. Übermittlung des Europäischen Haftbefehls	1221
7. Festnahme	1222
8. Übergabe;	
a) Zustimmung der festgenommenen Person	1222
b) Entscheidung über die Übergabe	
c) Durchführung der Übergabe	1223
d) Aufschub der Übergabe und Übergabe unter Bedingungen	1224
e) Durchlieferung zum Zwecke der Übergabe	
f) Anrechnung der Haft	
B. EU-Auslieferungsübereinkommen (EU-AuslÜbk)	1224
1. Ziel des EU-AuslÜbk	1224
2. Methodik des EU-AuslÜbk	1225
C. Übereinkommen über das vereinfachte Auslieferungsverfahren zwischen de	a
Mitgliedstaaten in der Europäischen Union (EU-VereinfAuslÜbk) 12	
1. Ziel und Anwendungsbereich des EU-VereinfAuslÜbk	
2. Vereinfachtes Übergabeverfahren	1227
IV. Transnationale Ermittlungstätigkeit in der EU,	
A. Europäischer primärrechtlicher Grundrahmen	
B. Europäische Ermittlungsanordnung (EEA)	
1. Ziel und Definition der EEA	1229
2. Grundprinzipien und Form der EEA	1229
3. Vollstreckung der EEA	1230
4. Versagung der Anerkennung oder Vollstreckung einerEEA	1231
5. Fristen	1232
6. Ermittlungsmaßnahmen	
7. Zuständigkeit und weitere Voraussetzungen der Vollstreckung einer EEA	. 1233
8. Rechtsbehelfe	
C. Exkurs: Die Europäische Staatsanwaltschaft (EUStA)	
Stichwortverzeichnis	